

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 198-2017
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2017.RRGR.541

Eingereicht am: 04.09.2017

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Amstutz (Schwanden-Sigriswil, SVP) (Sprecher/in)
Klopfenstein (Zweisimmen, FDP)
Klopfenstein (Corgémont, SVP)
Guggisberg (Kirchlindach, SVP)

Weitere Unterschriften: 10

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 07.09.2017

RRB-Nr.: vom
Direktion: Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Fahrenden-Konzept grundsätzlich überdenken

Der Regierungsrat ist gebeten, die aktuellen Massnahmen in Bezug auf die Fahrenden zu überdenken und

1. dem Grossen Rat ein Konzept vorzulegen, wie in Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen das Problem der Stand-, Durchgangs- und Transitplätze für in- und ausländische Fahrende am effektivsten für die Bevölkerung und am kostengünstigsten für den Kanton gelöst werden kann.
2. die Bundesebene in dieser Frage in die Pflicht zu nehmen.

Begründung:

Die Fahrenden-Strategie des Regierungsrates ist bereits mehrere Jahre alt und greift angesichts der aktuellen Situation offensichtlich zu kurz. Sie basiert zudem auf einer Einstellung, welche die Gemeinden zu wenig ernst nimmt und die Fahrenden-Problematik unterschätzt.

Das bisherige Konzept klammert die drängende Frage der ausländischen Fahrenden einfach aus, ohne dass je ein solcher Beschluss gefasst wurde. Die Umsetzung des überwiesenen Postulats, entsprechende Plätze zu schaffen, scheitert nun am verständlichen Widerstand der Gemeinden. Deshalb müsste die Frage neu geklärt werden.

Dazu kommt, dass der Kanton Bern einmal mehr versucht, wie ein Musterknabe Aufgaben anzugehen, während andere Kantone völlig passiv bleiben bzw. die Fahrenden an den Kanton Bern weiterverweisen. Es ist höchste Zeit, das Vorgehen grundsätzlich zu überdenken und neue Wege zu gehen. Es besteht grundsätzlich keine gesetzliche Verpflichtung, ein teures Angebot von Transitplätzen explizit für ausländische Fahrende zu schaffen. Umgekehrt fehlen teilweise die nötigen Grundlagen, um illegal besetzte Plätze rasch zu räumen. Der Regierungsrat ist daher gefordert, die bernische Strategie in dieser Frage grundsätzlich zu überarbeiten und dabei die Situation der Gemeinden prioritär zu berücksichtigen und mit den anderen Kantonen eine gemeinsame Lösung zu suchen.

Begründung der Dringlichkeit: Es muss rasch geklärt werden, wie künftig in der Frage der Fahrenden vorgegangen werden soll.

Verteiler

- Grosser Rat